"Die EU begrüßt zehn neue Mitglieder - und öffnet der Türkei eine Tür" in The Guardian (14. Dezember 2002)

Legende: Nach dem Europäischen Rat von Kopenhagen vom 12. und 13. Dezember 2002 reagiert die britische Tageszeitung The Guardian auf die Schlussfolgerungen des Vorsitzes im Hinblick auf die Erweiterung der Union um zehn neue Mitgliedstaaten und beschäftigt sich vor allem mit der Frage der türkischen Beitrittskandidatur.

Quelle: The Guardian. 14.12.2002. London. "EU embraces 10 new members - and opens the door to Turkey", auteur:Black, Ian; White, Michael.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:
http://www.cvce.eu/obj/die_eu_begru%C3%9Ft_zehn_neue_mitglieder_und_offnet_der_turkei_eine_tur_in_the_guardian_14_dezember_2002-de-78840303-e4ba-4028-be37-31883ce2768d.html

Publication date: 05/07/2016

Die EU begrüßt zehn neue Mitglieder – und öffnet der Türkei eine Tür

Ian Black und Michael White berichten aus Kopenhagen

Europas historischer Erweiterungsgipfel endete gestern Abend mit einem letzten großen Deal, der die hartnäckigsten Meinungsverschiedenheiten unter den Europäern durch bares Geld und hochfliegende Rhetorik wegwischt.

In einer Reihe gekoppelter Verhandlungen zu Themen, die von der Teilung Zyperns bis zur finanziellen Misere der polnischen Bauern reichten, machten die Regierungschefs der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten den Weg für zehn neue Länder und damit die bisher größte Erweiterung der Union frei.

In einem Schritt, der den Staatenklub komplett verändern wird, akzeptierten die Regierungschefs zudem, dass sie nicht weiter umhinkommen, die Forderungen der Türkei nach einer Mitgliedschaft ernst zu nehmen.

Tony Blair überzeugte seine weniger begeisterten Kollegen davon, dass die Verhandlungen mit dem muslimischen Land „ohne Aufschub“ aufgenommen werden müssten, sobald die Fortschrittsbewertung im Dezember 2004 abgeschlossen sei.

„Es war ein guter Deal“, meinte der polnische Premierminister Leszek Miller, der bis zum Ende mehr Geld gefordert hatte. „Meiner Meinung nach bekommen wir ihn in einem Referendum durch.“

Am Ende des Gipfeltreffens in Kopenhagen erklärte ein überschwänglicher Kommissionspräsident Romano Prodi: „Der Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten wird die Teilung Europas beenden.

Zum ersten Mal in der Geschichte wird Europa eins, da die Vereinigung auf dem freien Willen seiner Bürger beruht.“

Trotz der zunächst eisigen Reaktion aus Ankara über das Kompromissdatum für den Verhandlungsbeginn unterstrichen Blair und seine Kollegen, nach vierzigjährigem Stillstand sei ein Durchbruch erzielt worden.

Die neue Regierung der Türkei, die sich Reformen und einer prowestlichen Haltung verschrieben hat, verbarg ihre Enttäuschung und gab zu, dass 2004/05 besser sei als 2008 oder gar die Möglichkeit keiner Datumsfestlegung, was noch bis vor wenigen Wochen befürchtet worden war.

Die Details zur Bereitschaft der Türkei, ihre türkisch-zypriotischen Verbündeten zu einem Wiedervereinigungsabkommen mit dem griechischen Teil Zyperns – einem der Neuen im Bund – zu überreden, sind noch auszuarbeiten; das ist ein wichtiges Teil in dem Puzzle, das auch die Blockade der Türkei zum Einsatz von NATO-Waffen durch die neue schnelle Eingreiftruppe der EU beenden könnte.

Die umfassendere Wiedervereinigung jedoch, die in der dänischen Hauptstadt besiegelt wurde, ist das Ende der Teilung Europas durch den Kalten Krieg in bewaffnete militärische und wirtschaftliche Blöcke – NATO und EU gegenüber Warschauer Pakt und RGW.

Es hat dreizehn Jahre vom Fall der Berliner Mauer bis zur Ausdehnung der Atlantischen Allianz und der EU bis an die russische Grenze gedauert – unter zähneknirschender Duldung Moskaus.

Der dänische Premierminister Anders Fogh Rasmussen erhielt aufrichtiges Lob für seine Verhandlungsführung in den letzten sechs Monaten, die 1998 unter britischer EU-Präsidentschaft begonnen hatten.

Polen hatte nachdrücklich behauptet, die 40,4 Mrd. Euro schwere Mitgift, die sich die neuen EU-Mitglieder teilen müssen – die Hälfte davon geht an Polen – sei nicht ausreichend. Es forderte 2 Mrd. Euro mehr, gab sich aber schließlich mit der Hälfte zufrieden, jedoch nicht als zusätzliche, sondern als vorab zu zahlende Summe in knappe Kassen.

Die Türkei hatte sich als Datum für die Gesprächsaufnahme 2003 oder Anfang 2004 gewünscht, vor dem Beitritt der zehn neuen Mitglieder zur EU im Mai 2004 – darunter des griechisch kontrollierten Teil Zyperns.

Das Maximalangebot des dänischen Gipfels war die Überprüfung der Menschenrechtsfortschritte in der Türkei im Dezember 2004, entscheidenderweise ohne Festlegung eines Datums für die Aufnahme der eigentlichen Verhandlungen.

Die türkischen Medien waren äußerst enttäuscht über den Ausgang des Gipfels. „Und wieder ein zerplatzter Traum“, lautete die Schlagzeile der Zeitung *Cumhuriyet*.

Derweil versuchten die EU-Regierungschefs, das positive Signal an die Türkei herauszustreichen – der deutsche Außenminister Joschka Fischer nannte die Entscheidung „einen echten Durchbruch“.

In der Gipfelerklärung hieß es: „Die Türkei ist ein beitrittswilliges Land, das Mitglied der Union werden soll.“